



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel**
und **Fraktion (AfD)**

Bürgerfreundlichen Ausbau beim Brenner-Nordzulauf sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Brennerbasistunnel eine Investition in die Schieneninfrastruktur ist, welche für Generationen die Verkehrsbelastung für die Region zwischen München und Kiefersfelden erhöht. Der Landtag stellt fest, dass in diesem Bewusstsein die für Mensch und Umwelt bestmöglichen Lösungen gefunden werden müssen. Insbesondere sind Belastungen zu minimieren und Vorteile für die heimische Bevölkerung zu schaffen.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass beim Brenner-Nordzulauf im Bereich zwischen Grafing und Ostermünchen ergebnisoffen geprüft wird und die für alle Betroffenen, nicht nur des Bauherrn, entsprechend den deutschen Rechtsvorschriften beste Lösung gefunden wird. Bei der Trassenauswahl soll insbesondere die Akzeptanz der Bürger vor Ort umfangreich berücksichtigt werden.
- sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass im Ausbauabschnitt zwischen Trudering und Grafing Lärmschutzmaßnahmen über das für Neubaustrecken vorgeschriebene Maß hinaus („Schallschutz plus“) durch den Bauherren zur Anwendung kommen. Ferner soll die Streckenführung, sofern technisch möglich, unterirdisch erfolgen.
- sich auf Bundesebene für eine unterirdische Querung des Inns nördlich von Rosenheim einzusetzen. Dabei soll die optimierte Version der Verschiebung der Verknüpfungsstelle bei Ostermünchen in Richtung Norden favorisiert werden.
- sich auf Bundesebene weiter für eine bergmännische Verknüpfungsstelle im südlichen Inntal einzusetzen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine vollständig unterirdische Lösung für den Trassenverlauf in den Gemeinden Riedering und Rohrdorf, wie vom Bauherren in seinen Planungen vorgesehen, umgesetzt wird.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Trinkwasservorkommen (z. B. Leonhardsquelle) und Trinkwasserschutzgebiete östlich des Inns von Baumaßnahmen im Rahmen des Brenner-Nordzulauf zu umgehen sind.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Personenzugverkehr ausschließlich weiter über und mit Halt am Bahnhof Rosenheim verläuft, um den Anschluss der Region an den Schienenfernverkehr zu gewährleisten.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die von der DB Netz AG versprochenen Verbesserungen für den Schienenahverkehr für die Region Rosenheim mit einem konkreten Projektplan hinterlegt werden.

Begründung:

Die Planungen zum Brenner-Nordzulauf lassen befürchten, dass die Bürgerbeteiligung Stück für Stück ins Hintertreffen gerät. Die Region zwischen München und Kiefersfelden wird zwar die Lasten des Projekts tragen müssen, Vorteile und Belastungsreduktionen werden mit Projektfortschritt sukzessive abgebaut. Die Neubaustrecke zum Brenner-Nordzulauf, sofern deren Bedarf nachgewiesen werden kann, belastet die Region auf Generationen. Daher muss neben der ausgedehnten Bürgerbeteiligung auch ein Mehrwert für die Region geschaffen werden.